



bundeskanzleramt.gv.at

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.498.815

Wien, am 8. September 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Dr. Oberrauner, Kolleginnen und Kollegen haben am 8. Juli 2022 unter der Nr. **11775/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Warum hat Österreich keine Open-Source-Strategie?“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 8 und 9:

1. *Gibt es in ihrem Ressort eine Open-Source-Strategie mit dem Ziel, den Anteil an verwendeter Open-Source-Software in ihrem Ressort zu steigern?*
 - a. *Falls nein, warum nicht?*
 - b. *Falls ja, seit wann und wie lautet diese?*
8. *Gibt es von Seiten ihres Ressorts einen Austausch mit der europäischen Ebene oder mit ihren Partnerressorts in anderen EU-Ländern über den Einsatz von Open-Source und/oder eine Kooperation zur (Weiter-) Entwicklung und zum Teilen von Open-Source-Lösungen?*
 - a. *Falls ja, wie sieht der Austausch bzw. die Kooperation konkret aus?*
 - b. *Falls nein, warum nicht?*

9. *Gibt es von Seiten ihres Ressorts einen Austausch mit den anderen Bundesministerien, mit Länderbehörden, Städten und Gemeinden über den Einsatz von Open-Source und/oder eine Kooperation zur (Weiter-) Entwicklung und zum Teilen von Open-Source-Lösungen?*
- a. *Falls ja, wie sieht der Austausch bzw. die Kooperation konkret aus?*
- b. *Falls nein, warum nicht?*

Das Bundeskanzleramt folgt der Open Source Strategie der Europäischen Kommission und forciert den Einsatz von Open Source-Software (OSS), wo dieser möglich und unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit und IT-Sicherheit sinnvoll ist.

Es gibt sowohl europaweit als auch ressortübergreifend einen Austausch im Rahmen von konkreten Projektumsetzungen. Im Rahmen von Arbeitsgruppen (z.B. E-Government Bund-Länder-Gemeinden, IKT-Bund ARGE) wird ein intensiver Austausch zwischen den Gebietskörperschaften über sinnvolle Strategien gepflegt.

Das Bundeskanzleramt nimmt darüber hinaus als aktives Mitglied des Vereins „OSSBIG - Open Source Software Business Innovation Group“ an der Diskussion und Entwicklung von Modellen zum verstärkten und zielgerichteten Einsatz von Open Source-Software unter der Prämisse der digitalen Selbstbestimmung teil.

Zu den Fragen 2 bis 7:

2. *Wie hoch ist der aktuelle Anteil an Open-Source-Software in ihrem Ressort?*
3. *Gibt es Maßnahmen in ihrem Ministerium diesen Anteil weiter zu steigern?*
- a. *Falls ja, welche?*
- b. *Falls nein, warum nicht?*
4. *Gibt es in ihrem Ressort Zielvorgaben, welcher Open-Source-Anteil bis wann erreicht werden soll?*
- a. *Falls ja, wie lautet dieses Ziel?*
- b. *Falls nein, warum nicht?*
5. *Gibt es Open-Source-Alternativen zu den aktuell in ihrem Ministerium verwendeten proprietären Softwareprodukten, mit denen die Aufgaben ihres Ministeriums und der ihnen zugehörigen Behörden qualitativ gleichwertig durchgeführt werden können?*
6. *Wären diese Open-Source-Alternativen zu geringeren, vergleichbaren oder höheren Kosten zu haben, als die aktuell verwendete proprietäre Software?*

7. Gibt es in ihrem Ressort eine Analyse, welche Schwierigkeiten für den Einsatz von Open-Source bestehen und wie diese Schwierigkeiten überwunden werden können?

Bei jeder Neubeschaffung oder Ablöse von Software wird evaluiert, ob Open Source-Software eingesetzt werden kann. Von besonderer Bedeutung sind der Reifegrad der OSS-Alternative (vor allem bei der Sicherheit). Auch muss berücksichtigt werden, wie die OSS in die bestehende Betriebslandschaft integrierbar ist. Wenn es die IT-Sicherheit zulässt und die Daten- und Betriebssouveränität gewahrt bleibt, wird Open Source Software proprietären Lösungen vorgezogen. Es ist geplant, die Individualsoftware-Entwicklung für das Bundeskanzleramt durch die Bundesrechenzentrum GmbH mittelfristig weitgehend unter Open-Source zu stellen.

Karl Nehammer

